

Berlin
16. Dezember 2021

EU-Zölle auf Schrauben werden Lieferketten dauerhaft stören

FDS PRESSEMITTEILUNG

02.2021

"Mit Zöllen von bis zu 86,5 Prozent auf chinesische Schrauben schafft die EU ein dauerhaftes Versorgungsproblem für die deutsche Wirtschaft und gefährdet die Herstellung von Produkten 'Made in Germany'. Die übermäßig hohen Zölle treffen die deutschen Unternehmen zu einem Zeitpunkt, an dem sie bereits unter massiven Lieferproblemen leiden. Es ist völlig unverständlich, dass die Europäische Kommission die Versorgungslage unter diesen außerordentlich schwierigen Bedingungen noch weiter verschärfen will." Mit diesen Worten reagiert Dr. Volker Lederer, 1. Vorsitzender des Fachverbands des Schrauben-Großhandels e.V. (FDS), auf die Offenlegung der Schlussfolgerungen der Kommission aus der Antidumpinguntersuchung AD676 vom 14. Dezember 2021.

Die Europäische Kommission beabsichtigt, einen Antidumpingzoll auf die Einfuhren von Schrauben und anderen Verbindungselementen aus Eisen und Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China zu erheben. Für eine begrenzte Gruppe chinesischer Exporteure von Verbindungselementen ist ein Zoll von 39,6% vorgesehen. Der allgemeine Zollsatz soll jedoch satte 86,5 Prozent betragen. Die Kommission hat die Untersuchung am 21. Dezember 2020 auf Antrag der europäischen Hersteller eingeleitet. Nach Angaben der Kommission sollen die Zölle bis spätestens 17. Februar 2022 eingeführt werden. Zuvor werden die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten über die endgültige Maßnahme abstimmen, darunter die Bundesregierung.

Die geplanten Zölle werden weite Teile der deutschen Industrie, des Handwerks und des Handels sowie die Verbraucherinnen und Verbraucher treffen. Sie alle sind auf eine zuverlässige Versorgung mit Verbindungselementen angewiesen sind, die nach internationalen Normen hergestellt werden. Diese vermeintlich einfachen und preiswerten Teile der Feinmechanik – ob Bolzen, Schrauben oder Unterlegscheiben – sind unverzichtbar für die Herstellung von Autos, Fahrrädern, Waschmaschinen, Solarpaneelen, Mähdreschern, Möbeln und Zügen, aber auch für Installations- und Reparaturarbeiten von Handwerkern oder für die Reparatur der Gartentür oder das Anbringen eines Bildes im eigenen Heim. Die Auswirkungen der Zölle werden aber auch in Schulen, in der Lebensmittelbranche und im Gesundheitswesen zu spüren sein, wo Schulbänke, Kühlgeräte oder medizinische Geräte buchstäblich von

Verbindungselementen zusammengehalten werden müssen. Ohne die passenden Schrauben kann keines dieser Endprodukte auf den Markt kommen.

Der Schraubengroßhandel versorgt die deutsche Wirtschaft mit einem umfangreichen Sortiment an Verbindungselementen und sorgt dafür, dass die Produkte zur richtigen Zeit am richtigen Ort beim Kunden verfügbar sind. Für die Industrie ist die ständige Verfügbarkeit von Normteilen unverzichtbar, damit ihre Produkte weiterhin in der EU hergestellt und auf den Weltmärkten erfolgreich verkauft werden können. Jede noch so kleine Unterbrechung der Lieferkette für Verbindungselemente hat unverhältnismäßig große Auswirkungen auf die Versorgungslage. Daher muss jeder Eingriff in die Lieferketten gut überlegt sein.

Die bestehenden Versorgungsengpässe machen es schon heute immer schwieriger, die Nachfrage der Wirtschaft und der Verbraucher nach Schrauben und anderen Verbindungselementen zu befriedigen. Die Lieferzeiten für Verbindungselemente haben sich im letzten Jahr in vielen Fällen verdreifacht und liegen derzeit zwischen acht und 14 Monaten. Die Kosten für Seecontainer sind zehnmal höher als im Jahr 2019, und auch die Preise für Rohstoffe wie Stahl sind explodiert. Die pandemiebedingten Arbeitsniederlegungen in Fabriken auf der ganzen Welt erschweren die Situation zusätzlich. Dies hat nicht nur zu einer Verknappung von Verbindungselementen geführt, sondern auch deren Kosten drastisch in die Höhe getrieben.

Die geplanten Zölle auf chinesische Verbindungselemente sind mit 86,5 Prozent sogar noch höher als die von 2009 bis 2016 verhängten Zölle, die nach einer Reihe negativer Entscheidungen der Welthandelsorganisation (WTO) gegen die EU schließlich zurückgenommen werden mussten. Während dieses Zeitraums brach der Importfluss aus China vollständig zusammen. Die heimischen Hersteller waren trotz gegenteiliger Zusicherungen gegenüber der Kommission nicht in der Lage oder nicht willens, die Lücke zu schließen, die fast vollständig durch die Verlagerung der Importeure in andere asiatische Herstellerländer ersetzt wurde.

"Jetzt will die Kommission trotz unserer umfangreichen Beweise offenbar noch einen draufsetzen! In einem Umfeld, in dem sich die Lieferkette drastisch gegenüber 2009 verschlechtert hat, werden die vorgeschlagenen Zölle die bereits in den letzten zwölf Monaten explodierten Preise nahezu verdoppeln. Die Einführung der Zölle wird nicht nur die Inflation für die zahlreichen deutschen Verwender von Verbindungselementen anheizen, sondern auch die ohnehin knappen Kapazitäten der Hersteller außerhalb Chinas noch mehr belasten und damit die Lieferengpässe weiter verschärfen. Angesichts der bereits bestehenden Versorgungskrise und der Wucht der vorgeschlagenen Zölle werden die Folgen für die Wirtschaft und die Verbraucher verheerend sein. Die Kommission ignoriert diese Folgen jedoch völlig!"

Die geplanten Zölle auf chinesische Verbindungselemente werden eine unüberbrückbare dauerhafte Versorgungslücke schaffen, die nicht durch ein Ausweichen auf Hersteller in Europa oder anderswo auf der Welt geschlossen werden kann. In anderen ostasiatischen Märkten wie Taiwan, Thailand oder Vietnam sind die Produktionskapazitäten bereits erschöpft, seit US-Unternehmen hier vor einigen Jahren als Reaktion auf die protektionistischen Zölle der Trump-Administration auf chinesische Importe Ressourcen beanspruchen.

Auch die deutschen und anderen europäischen Hersteller von Verbindungselementen stehen nicht als Ersatz zur Verfügung. Ihre Kapazitäten sind schon jetzt überlastet, und eine Besserung ist nicht in Sicht. Die heimischen Hersteller produzieren fast ausnahmslos hochwertige Spezialteile, z.B. für die weltweite Automobilindustrie, während die Importe aus China die einfacheren Standardteile betreffen. Für diese Standardteile werden die heimischen Hersteller niemals ausreichende Produktionskapazitäten bereitstellen. Das taten sie auch nicht, als von 2009 bis 2016 Zölle auf chinesische Schrauben erhoben wurden.

Im Jahr 2016 musste die Kommission ihre Antidumpingzölle über Nacht zurücknehmen, da eine Reihe von WTO-Entscheidungen zeigte, dass ihre Grundlage irreparabel fehlerhaft war. *"Jetzt wiederholt die Kommission ihre Fehler, indem sie ohne Not unverhältnismäßig hohe Zölle verhängt. Ein Zollsatz von 86,5 Prozent spiegelt in keiner Weise die Realitäten des Marktes wider"*, betont Lederer. *"Wie schon 2009 berechnet die Kommission die Höhe des Zolls auf einer Datenbasis, die überhaupt nicht repräsentativ ist. Sie stützt sich auf die Kosten und Preise eines einzigen von mehreren hundert Produkttypen von Verbindungselementen, die von einem einzigen von vielen chinesischen Herstellern produziert werden. Die Kommission hat sich bewusst für diesen Ansatz entschieden, weil er die größte Spanne für einen Zoll ergibt, und macht ihn zum Maßstab für das China-Geschäft."*

Der Fachverband des Schrauben-Großhandels e.V. (FDS) vertritt die Interessen der Großhändler mit Verbindungselementen in Deutschland. Der FDS und sein europäischer Dachverband, die European Fastener Distributor Association (EFDA), waren von Anfang an als interessierte Parteien aktiv in das Untersuchungsverfahren der Kommission eingebunden und haben umfassende Argumente und Beweise dafür vorgelegt, dass die Einführung von Zöllen auf chinesische Verbindungselemente nicht angemessen ist. Zur Enttäuschung der Verbände hat die Kommission ihre Beiträge in ihrer Entscheidung kaum berücksichtigt.

"Dieser Zoll hat nichts mit der Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen zu tun. Vielmehr verzerrt er willkürlich einen bereits extrem angespannten Markt. Wir halten es im Interesse der deutschen Wirtschaft für dringend geboten, dass die Bundesregierung die EU-Kommission auffordert, ihre Vorschläge zu überdenken", so Dr. Lederer abschließend.